

Die Zeit der Schreihälsa

Der US-Vorwahlkampf zeigt die zunehmende Verrohung der politischen Kultur

Seit Monaten können wir beobachten, wie der Wahlkampf in den USA neue Standards zu setzen scheint. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht dabei der voraussichtliche Kandidat der Republikaner, Donald Trump. Viele fragen sich verwundert und erschrocken, wie es dieser Rechtspopulist schaffen konnte, ernstzunehmender Anwärter für das Präsidentenamt werden zu können. Dabei ist der populistische Trend seit längerem auch in Europa feststellbar.

Dass der Wahlkampf in den USA anders als in der Bundesrepublik verläuft, haben viele spätestens dann erstaunt festgestellt, als sich die Führung der Republikaner öffentlich überlegte, wie sie den Erfolg ihres eigenen Parteimitgliedes Trump verhindern könnte. Auch die teils mit persönlichen Beleidigungen geführten Duelle zwischen den republikanischen Kandidaten – die doch eigentlich der gleichen Partei angehören – zeigten den BeobachterInnen, dass der demokratische Wettstreit offenbar auch anders funktionieren kann, als stets auf Harmonie und „politische Korrektheit“ zu achten.

US-Wahlsystem

Denn das US-Wahlsystem ermöglicht es im Rahmen der Vorwahlen, die bis Mitte Juni andauern, dass sich fast alle Bewerberinnen und Bewerber, die sich den teuren Wahlkampf leisten können, der Öffentlichkeit vorstellen dürfen. Auch der amtierende Präsident Barack Obama hatte zu Beginn seiner Kandidatur im Jahr 2008 nicht den Segen seiner Parteiführung und konnte sich nur durch die Möglichkeit der Vorwahlen als Kandidat der Demokratischen Partei durchsetzen.

Vergleichbar sind die Vorwahlen mit Urabstimmungen, wie sie gerade jüngst der SPD-Vorsitzende Gabriel für die nächste Bundestagswahl vorgeschlagen hat und wie sie bei der Bremer SPD für das Amt des beziehungsweise der Landesvorsitzenden abgehalten wurden. Es sind nur in den USA eben nicht kleine Bundesländer oder ein Staat, sondern 50 Staaten und ein Bundesdistrikt, die im Vorfeld der eigentlichen Wahlen über die Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Präsidenten oder der Präsidentin votieren.

Dabei gibt es durchaus Unterschiede in den Wahlordnungen. In einigen Staaten wird geheim gewählt, in anderen offen. Manche Wahlverfahren lassen es sogar zu, dass Nicht-Parteimitglieder über die antretenden Personen der beiden größten Parteien – der Demokratischen und Republikanischen Partei – abstimmen. Andere Parteien, die es in den USA auch gibt, haben allerdings in der Regel keine Chancen auf ausreichend Stimmen und können höchstens hier und da kleine Achtungserfolge erzielen.



Wird er bald Zugriff auf Atomwaffen haben? Donald Trump.
Foto: By Gage Skidmore from Peoria, AZ, United States of America (Donald Trump) [CC BY-SA 2.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)], via Wikimedia Commons

Bei jeder Vorwahl sammeln die siegreichen Kandidatinnen und Kandidaten Delegiertenstimmen, die auf den jeweiligen mehr-tägigen Parteitag im Juli formal ausgewertet werden, so dass eine Herausforderin oder ein Herausforderer gekürt werden kann. Neben den Delegierten, die in ihrem Abstimmungsverhalten gebunden sind, gibt es weitere sogenannte Superdelegierte – darunter Amtsträgerinnen und Amtsträger wie beispielsweise Abgeordnete – die in ihrer Entscheidung frei sind. Nach derzeitigem Delegiertenstand werden Hillary Clinton und Donald Trump um die Nachfolge von Barack Obama antreten, der nach zwei Amtsperioden nicht wieder als Präsident kandidieren darf. Nach der Kür auf den Parteitag beginnt der eigentliche Wahlkampf um die Wählerinnen und Wähler, die dann am 8. November an die Wahlurnen gerufen werden. Doch dafür müssen sie selbst aktiv werden und sich registrieren lassen, denn eine einfache Meldeadresse reicht nicht aus, um eine Wahlbescheinigung zu erhalten. Am Wahltag werden sogenannte Wahlmänner beziehungsweise -frauen gewählt, die entweder für die Demokratische oder die Republikanische Partei stehen. Die Anzahl der Wahlmänner pro Bundesstaat hängt unter anderem von der jeweiligen Anzahl an Einwohnerinnen und Einwohner eines Bundesstaates ab. Insgesamt werden es 538 Personen sein, die dann 41 Tage nach dem Wahltag die Präsidentin oder den Präsidenten wählen.

Schwächen des Wahlsystems

Dieses Wahlsystem erlaubt es durchaus, dass eine Kandidatin oder ein Kandidat die Mehrheit der Stimmen auf sich versammeln kann, ohne dadurch automatisch das höchste Amt in den USA zu bekommen. So erging es im Jahr 2000 Al Gore, der mehr Stimmen hatte als der republikanische Kandidat George Bush. Da dieser aber mehr Wahlmänner auf seiner Seite hatte, wurde Bush zum Präsidenten.

Eine weitere Besonderheit des Systems besteht darin, dass es am Wahltag reicht, die Mehrheit in den elf bevölkerungsreichsten Staaten zu erringen, um so auch die Mehrheit der Wahlmännerstimmen zu bekommen und als PräsidentIn aller 50 Staaten gewählt zu werden – selbst wenn die meisten Einzelstaaten ein anderes Ergebnis wünschten.

Niveaulose Vorwahlen

Eine spannende Frage wird sein, ob sich der Trend der Vorwahlen, bei der besonders Trump mit rassistischen und beleidigenden Parolen auftrat, während des eigentlichen Wahlkampfes fortgesetzt wird. Trump beleidigte Frauen, Muslime, andere Minderheiten sowie seine republikanischen ParteikollegInnen. Er forderte, elf Millionen illegale Einwanderer und syrische Flüchtlinge abzuschicken, die Folter wieder offiziell zu erlauben, die USA wirtschaftlich abzuschotten und Muslime nicht mehr in Land zu lassen. Reiche wie er selbst sollen stärker besteuert und die Mittelschicht sowie Unternehmen entlastet werden. Er spricht sich für eine Erhöhung des Mindestlohns aus, so dass selbst einige konservative Republikaner aufschreckten und ihn zu weit links einordnen. Trump glaubt nicht an die menschenverursachte Erderwärmung und will keine Klimaschutzauflagen für die Industrie. Während er einst für die Verschärfung des Waffenrechts war, will er nun waffenfreie Zonen wie beispielsweise in Schulen abschaffen.

Was davon wirklich Programm im späteren Wahlkampf und als möglicher Präsident wird, ist eine andere Frage. „Ich habe keine Zeit, um politisch korrekt zu sein“ soll der Kandidat gesagt haben. Daraus folgt allerdings keine Abkehr seiner Wählerinnen und Wähler – im Gegenteil: Je lauter und widersprüchlicher er poltert, desto mehr Stimmen scheint er zu erhalten. Beobachterinnen und Beobachter machen dafür unter anderem die Anti-Establishment-Stimmung einer intoleranten Parteibasis verantwortlich, die besonders die einfache Sprache und die einfachen Antworten Trumps versteht.

Seine voraussichtliche Gegenkandidatin Clinton ist als frühere



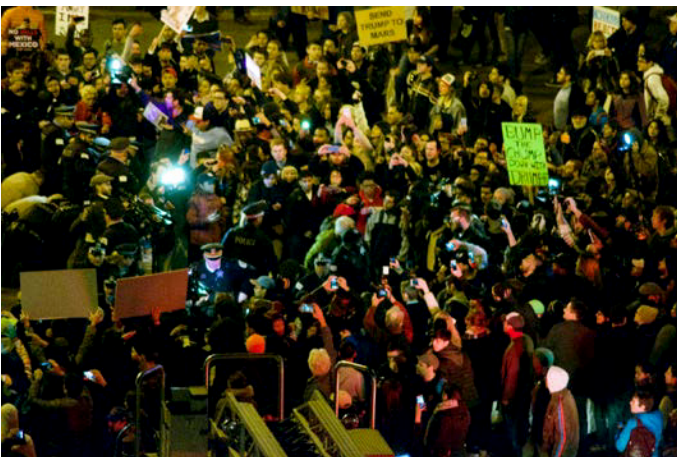
Gilt als Ausdruck des Establishment, ist aber für viele wohl das kleinere Übel: Hillary Clinton.
Foto: By Gage Skidmore from Peoria, AZ, United States of America (Hillary Clinton) [CC BY-SA 2.]

Außenministerin und Ehefrau des Ex-Präsidenten Bill Clinton für viele ein Ausdruck dieses verhassten Establishments. Inhaltlich wird sie es zudem schwer haben, den unbegrenzten Wunschzetteln Trumps etwas entgegen zu setzen – sofern sie sich nicht auch uneinlösbarer Versprechen und beleidigender Slogans bedient. Sie muss sich sogar eher auf politischen Druck von links einstellen, denn noch hat sie als demokratischen Mitbewerber „Bernie“ Sanders zu fürchten, der sich selbst als „demokratischen Sozialisten“ bezeichnet und der bei den Vorwahlen besonders viele Jugendliche von seiner Kandidatur überzeugen konnte.

Allgemein heißt es allerdings, dass niemand das Präsidentenamt bekleiden kann, wenn er oder sie relevante Gruppen wie beispielsweise die Frauen oder bestimmte ethnische Gruppen gegen sich hat. Sollte sich Trump daran halten, ist in den kommenden Monaten eher eine Charmeoﬀensive zu erwarten, die vielleicht darüber hinwegtäuscht, mit welchen markigen Worten bisher Stimmung gegen Minderheiten und politisch Andersdenkende gemacht wurde.

Dumpfer Rassismus

Doch der Krug ist längst zerbrochen. Der Vorwahlkampf zeigte, dass mit dumpfem Rassismus mindestens die Wahlen innerhalb der Republikanischen Partei gewonnen werden können. Ein Trend, der nicht nur in den USA erfolgreich sein könnte. Der Populist Rodrigo Duterte kam auch gerade auf den Philippinen mit Forderungen nach Einführung der Todesstrafe und dem „Abknallen“ von Kriminellen an die Regierung. Und hier in Europa bekommen Rechtspopulistinnen und -populisten auch immer mehr Aufwind oder sitzen bereits an den Schalthebeln der Macht.



Protest gegen Trump in Chicago. Foto: By nathanmac87 [CC BY 2.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>)], via Wikimedia Commons

Das begann bereits vor vielen Jahren mit Silvio Berlusconi in Italien. Ein eigenwilliges Demokratieverständnis zeigen heute Staaten wie Polen und Ungarn, Intoleranz und zum Teil Rassismus predigen wahlerefolgreiche rechtspopulistische Parteien in England, Dänemark, Holland, Frankreich und vielen anderen Ländern – darunter auch die AfD in Deutschland. In der Türkei kann derzeit verfolgt werden, wie demokratische Regeln scheinbar legal abgebaut werden können, wenn es ein Einzelner will.

Bei der Präsidentschaftswahl in den USA könnte sich das wiederholen, was gerade in Österreich bei der Abstimmung zwischen van der Bellen und Hofer geschah: Es wird für einen Kandidaten gestimmt nicht weil die Wählerinnen und Wähler mit allen seiner Ansichten einverstanden sind, sondern um einen schlimmeren Kandidaten zu verhindern. Die Gesellschaft spaltet sich so allerdings weiter: Nicht nur zwischen arm und reich, sondern auch zwischen rechts und links. Dazwischen werden die politische Kultur und demokratische Errungenschaften zerrieben. jt

Mumia Abu-Jamal, US-amerikanischer Journalist, Autor und Bürgerrechtler, der ursprünglich zum Tode verurteilt war und nun lebenslang im Gefängnis sitzt, schreibt über den US-Wahlkampf:

„Alles läuft also auf eine Schlammschlacht zwischen einem Widerling und einer hinterhältigen Karrieristin hinaus. Das aber bietet Anlass zu großer Sorge. Schließlich wird die Wählerschaft am Ende vor nichts weiter mehr als die Frage gestellt, wer von den beiden weniger hassenswert ist.“



Es wird bei der Abstimmung also nicht darum gehen, für, sondern gegen jemanden zu stimmen. ... Wir in den USA verhalten uns beim Wählen wie Kinder in der Süßwarenabteilung eines Supermarkts. Wir suchen nach den bunten, ins Auge springenden Dingen einer Glitzerwelt wie Müslipackungen, die viel Zucker enthalten.“

Zitiert nach junge Welt, 23. Mai 2016, Seite 6

Mumia Abu-Jamal
Foto von dubdem sound system
(<http://www.flickr.com/photos/dubdem/2269578420/>) [CC BY 2.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>)], via Wikimedia Commons